

Benedikt Sauer

Der Einfluss der Angehörigenbewegung

Gespräch mit Martin Achmüller, Vorstand des Südtiroler Verbandes Angehöriger und Freunde psychisch Kranker

Noch Ende der 1980er Jahre sahen sich Angehörige von Menschen mit psychischer Erkrankung in Südtirol isoliert und überfordert. Der Verein, den einige von ihnen in ihrer Verzweiflung gründen, setzt auf Selbsthilfe und Öffentlichkeitsarbeit. Die Organisation hat maßgeblichen Anteil an den Veränderungen in der Südtiroler Psychiatrie-Landschaft.

Erfahrungen von „Ohnmacht“, von „Unwissenheit“, das Gefühl der „Schande, einen kranken Menschen in der Familie zu haben“, führten Ende der 1980er Jahre in Bozen eine Gruppe von Angehörigen psychisch kranker Menschen zusammen. Auf Einladung der „Südtiroler Gesellschaft für Psychische Hygiene“ wurde im November 1988 zuerst eine „Arbeitsgemeinschaft“, im Februar 1989 der „Verband Angehöriger und Freunde psychisch Kranker“ gegründet. Der erste „Aktionsplan“ des Südtiroler Angehörigen-Verbandes unter dem Motto „Gemeinsam sind wir stärker!“ ist Ausdruck großen Unmuts und zugleich des Willens, in organisierter Form auf eine prekäre Situation, auf das weitgehende Fehlen von Betreuungsangeboten, sozialpsychiatrischer wie klinisch-psychiatrischer, zu reagieren. Das Errichten „von Tagesstätten und Wohnheimen“, das Schaffen „von Beschäftigungs- und Freizeitangeboten“, die Auseinandersetzung mit „Missständen bei der Behandlung von psychisch Kranken“ sowie die „Einflussnahme auf Politik und Verwaltung“ und die „Aufklärung der Gesellschaft über die Situation der Familien“ zählten bei der Gründung des Vereins zu den im Aktionsplan festgehaltenen Forderungen und Anliegen.

Ein Jahrzehnt nach der Basaglia-Reform von 1978 und zwanzig Jahre nach der ersten wegweisenden italienischen Psychiatrie-Reform von 1968 („Legge Mariotti“), die das bis dahin gültige Gesetz zu den Psychiatrischen Anstalten von 1904 ersetzte, begannen Personen, die Erkrankten nahe standen, in Südtirol mit Lobby-Arbeit politischen Druck auszuüben. „*Der Nachholbedarf war sehr groß*“, sagt Martin Achmüller, heute Vorstandsmitglied des Angehörigen-Verbandes, damals Kinderarzt mit besonderem Interesse an der Psychosomatik und aus eigener Betroffenheit mit dem Verein in Kontakt.

Um 1990: Fehlende psychiatrische Grundversorgung

Ein klinisches Angebot bestand nur am Krankenhaus Bozen, noch nicht an einem der anderen Spitäler Südtirols. Zum Zeitpunkt der Verbandsgründung gab es hier zwei Abteilungen mit insgesamt 24 psychiatrischen Akutbetten, maximal 15 pro Abteilung sah die Basaglia-Reform als klinische Alternative zu den bisherigen psychiatrischen Anstalten verpflichtend vor. Bis 1994 sollte es bei dieser Akutabteilung in Südtirol bleiben.

Es gab aber dennoch psychisch kranke Menschen in den Kliniken des Landes: An die 200 Patienten und Patientinnen wurden jährlich in Spitälern Südtirols an den Abteilungen für Interne Medizin behandelt. Hauptsächlich jedoch erfolgte die klinisch-psychiatrische Versorgung von SüdtirolerInnen weiterhin außerhalb des Landes, an der Klinik in Pergine sowie an den Krankenhäusern in Hall und Innsbruck – wie in Zeiten der Habsburgermonarchie. Allein an den beiden Tiroler Kliniken befanden sich 1991, als das reformorientierte österreichische Unterbringungsgesetz in Kraft trat, 277 Südtiroler PsychiatriepatientInnen. Die Betreuungsstrukturen außerhalb der Kliniken waren um 1990 noch im Wesentlichen auf dem Stand der 1970er Jahre: „*Es gab es keine Einrichtungen für Rehabilitation, keine Tagesstätten, keine Berufstrainingszentren oder geschützte Wohnungen.*“ „*Die medizinischen Angebote, die Sozialstrukturen und die Unterstützung der Öffentlichen Hand waren völlig unzureichend*“, so Achmüller. Dabei hätten am Papier bereits seit den 1970er Jahren dank der „Mariotti-Reform“ und des darauf folgenden Landesgesetzes 1976 („Fürsorgedienst für psychische Gesundheit“) die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Versorgung bestanden. Die „Mariotti-Reform“ schuf 1968 die Möglichkeit, dass die Provinzen staatliche Gelder beanspruchen können, um psychiatrische Dienste im Land aufzubauen.

Südtirol habe davon aber nicht Gebrauch gemacht, obwohl es mit dem Landesgesetz von 1976 eine Art Selbstverpflichtung einging. Mit diesem Landesgesetz wurden auch in der Provinz Bozen die rechtlichen Grundlagen für die von der 68er-Reform mit ihrem neuen Ansatz der Territorialversorgung vorgesehenen „Zentren für psychische Gesundheit“ geschaffen (die im „Mariotti-Gesetz“ noch „Zentren für geistige Hygiene“ und nach der Basaglia-Reform „Zentren für geistige Gesundheit“ hießen). Zwischen 1971 und 1976 entstehen in Südtirol fünf solche Zentren durch die „öffentliche Hand“. Das „Mariotti“- und das Landesgesetz sahen für diese Gesundheitszentren ein Mindestmaß an personeller Ausstattung vor: Psychiater, Psychologen, Pflegekräfte und auch SozialassistentInnen, deren Berufsbild mit der Reform entstanden war. Umgesetzt wurden diese Vorgaben nach und nach. In Bruneck und Brixen taten aushilfsweise Psychiater der Universitätsklinik Innsbruck vierzehntägig Dienst, ein teilzeitbeschäftigter Arzt in Bozen hatte Meran und Schlanders mitzubetreuen. Im ganzen Land arbeiteten Mitte der 1980er Jahre erst zehn SozialassistentInnen. Das einzige sozialpsychiatrische Angebot bestand in zwei Wohnheimen, die 1977 in Bozen und in Sterzing für gesamt 18 Personen entstanden. Noch 1989 konstatierte der Bozner Reformpsychiater Elio Dellantonio, dass aufgrund des Personal- und Struktur mangels nur „*Routine-Dringlichkeitspsychiatrie*“ betrieben werden könne.

Anfänge der Angehörigenbewegung

Dass sich dann ab Mitte der 1990er Jahre, insbesondere mit dem von Landesrat Otto Saurer in Auftrag gegebenen Landespsychiatrieplan 1996 die Betreuungssituation verbesserte, ist auch der Arbeit des 1989 gegründeten Verbandes der Angehörigen und Freunde psychisch Kranker zu verdanken. Der Südtiroler Angehörigen-Verband entstand nahezu zeitgleich mit vergleichbaren regionalen Selbsthilfe-Organisationen im nahen Ausland. Ein Jahr nach dessen Gründung, 1990, wurde der Bayerische Landesverband der Angehörigen psychisch Kranker gegründet, im Jahr 1991 – unter Mithilfe der Tiroler Gesellschaft für Psychische Gesundheit – der Tiroler Landesverband von HPE-Österreich (Hilfe für Angehörige und Freunde psychisch Erkrankter).

Die Anfänge der Angehörigenbewegung liegen im deutschen Sprachraum in den 1970er Jahren. Als Initialzündungen in Deutschland gelten der Auftritt einer Angehörigen, Marjorie Wingler, bei der wegweisenden Psychiatrie-Enquête 1973

sowie die Initiativen des deutschen Sozialpsychiaters Klaus Dörner, der ab 1973 Gruppentherapie für Angehörige an der neuen Tagesklinik in Hamburg anbot und mit seinem Buch „Freispruch der Familie“ (1982) der Selbsthilfe-Bewegung zusätzliche Impulse verlieh. Diese mündeten 1985 in der Gründung des „Deutschen Bundesverbandes der Angehörigen“. In Österreich gab es den bundesweiten Dachverband HPE schon seit 1977, nach und nach entstanden hier auch Landesverbände. In Italien organisierten sich Verwandte von PsychiatriepatientInnen erstmals 1967 bei den Kämpfen gegen den Neubau der psychiatrischen Anstalt in Grugliasco bei Turin, der nie bezogen wurde. Anfang der 1980er Jahre schlossen sich mehrere Angehörigen-Verbände zu einem nationalen Koordinierungskomitee zusammen, 1993 entstand der italienische Dachverband „Unione Nazionale delle Associazioni per la Salute Mentale“ (UNASAM) mit dem Südtiroler Verband als Gründungsmitglied.

Die Südtiroler Organisation, die sich auch an Betroffene wandte, richtete sich von Beginn an an alle Landesbewohner, unabhängig von ihrer Muttersprache, sie trat und tritt konsequent zweisprachig auf, italienisch als „Associazione Parenti e Amici di Malati Psicici“. Der Verband verstand sich als Anlaufstelle für eine erste Beratung und Weitervermittlung. Er begann mit „Selbsthilfeberatung“, unterstützte die Gründung von Selbsthilfegruppen („vom Ich zum Wir“), die bald nicht mehr nur durch eigene Vorstandsmitglieder, sondern soweit möglich, von PsychotherapeutInnen begleitet wurden. *„Familien begannen sich selbst gegenseitig zu unterstützen, die Isolation sollte damit durchbrochen werden“*, sagt Achmüller. Das Organisieren von Ferienaufenthalten für Menschen mit psychischen Problemen *„auch als Entlastung für Nahestehende“*, gehörte ebenfalls zu den ersten Aktivitäten, so wie politische Kontaktgespräche und Öffentlichkeitsarbeit. Fünf Jahre nach der Gründung, 1994, müssen die Engagierten zur Kenntnis nehmen, dass es zwar ein paar Freizeitgruppen und einige Tagesstätten gab, sich aber ansonsten, fast zwei Jahrzehnte nach dem oft als „fortschrittlich“ bezeichneten Landesgesetz von 1976, die Psychiatrie-Landschaft Südtirols trotz des Engagements des Gesundheitslandesrates noch nicht entscheidend verändert hatte. Daraufhin wurde die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt und zu einem Schwerpunkt in der Tätigkeit. 1995 wird die Zeitschrift „Selbsthilfe / Auto Aiuto“ gegründet, die dreimal jährlich zweisprachig dank ehrenamtlicher Redaktionsarbeit erscheint. Intensiviert wird die Zusammenarbeit mit den Medien. *„Die Anti-Stigma-Arbeit, der Kampf gegen Vorurteile und Scham, wird dabei zu einem der wichtigsten Anliegen.“* Ziel war es, das verbreitete Bild von psychisch Kranken

als „*unberechenbar, unzurechnungsfähig und gefährlich verändern zu helfen*“. Und damit einhergehend „*eine Gleichstellung seelisch Kranker mit körperlich Kranken*“ zu erreichen, einem zentralen Anliegen von Angehörigenverbänden auch in Deutschland und Österreich, bis heute: „*Das Recht auf Betreuungsstrukturen wird gefordert, mit derselben Selbstverständlichkeit, mit der medizinische und andere Angebote bei körperlichen Erkrankungen zur Verfügung stehen und verbessert werden*“, sagt Martin Achmüller.

Zur den öffentlichen Aktivitäten zählte auch die Auseinandersetzung mit der jüngeren Geschichte. 1995 organisierte der Verband eine Tagung zu „*Deportation und Vernichtung psychisch Kranker aus Südtirol 1939-1945*“. Die Tagung, deren Vorträge zum 10-jährigen Verbandsjubiläum 1999 veröffentlicht wurden, war nach den Forschungen des Historikers Leopold Steurer (1982) die erste umfassendere Auseinandersetzung mit den Folgen der NS-Psychiatrie für SüdtirolerInnen.

Die politische Rolle: Lobby-Arbeit und „erste Erfolge“

Entschieden veränderte sich die psychiatrische Betreuungssituation in Südtirol dann mit dem Landespsychiatrieplan von 1996. Zuvor hatten die Innsbrucker Klinikpsychiater Hartmann Hinterhuber und Ullrich Meise (1994) eine Bedarfserhebung vorgelegt, den Plan selbst erarbeitete ein Team unter Koordination von Hugo und Günther Staffler, Beamte im Gesundheitsressort. Erstmals kam dabei dem Verband Angehöriger und Freunde psychisch Kranker eine anerkannte politische Rolle zu. Denn neben den Sozialdiensten der Bezirksgemeinschaften und den „Zentren für psychische Gesundheit“ war auch der Verband in diese mehrjährige Konzepterstellung eingebunden gewesen. Im 1996er Plan wurden unter dem Titel „*Psychiatrieplan 2002*“ Zielvorgaben für eine Umsetzung innerhalb von sechs Jahren fixiert, und unter anderem folgende Einrichtungen verteilt auf das Land vorgesehen: vier Zentren für psychische Gesundheit als zentrale Anlaufstellen, Psychiatrische Dienste in Krankenhäusern für Diagnose und Akutbehandlung, Day- und Night-Hospitals, Reha-Zentren, Übergangswohnheime, geschützte Wohnungen, Wohngemeinschaften, Berufstrainingszentren, geschützte Werkstätten und Treffpunkte.

Ende der 1990er Jahre konstatiert der Angehörigen-Verband „*erste Erfolge*“: 1994 wird im Krankenhaus Bruneck, 1997 in jenem von Brixen, dann in Meran ein psychiatrischer Dienst errichtet, 2003 wird dann im nahen Sinich das sozial-

psychiatrisch orientierte Basaglia-Haus gegründet, erste geschützte Wohnungen, fünf weitere Wohngemeinschaften, eine Tagesstätte entstehen. *„Es bestand aber weiterhin ein großer Mangel an Fachkräften, der Hauptteil der Belastungen lag weiterhin auf den Familien. Der Verband setzte sich daher für ein Kriseninterventionszentrum ein“*, so Achmüller. Seit 2005 stehen in Südtirol 61 Krankenhausbetten, neun für Day-Hospitals, 12 Wohngemeinschaften zur Verfügung. Ein Großteil der im Psychiatrieplan formulierten und bis 2002 umzusetzenden Zielvorgaben waren nach Auskunft des ehemaligen Gesundheitslandesrates Otto Saurer damit verwirklicht.

Auch innerhalb des Angehörigen-Verbandes wurde, so gut dies angesichts der geringen finanziellen Mittel möglich war, das Angebot erweitert. Die Ferienaufenthalte, die im Lauf der Jahre stark nachgefragt wurden, werden ausgebaut, bis zu heute sieben Ferienaufenthalten jährlich für 140 Teilnehmer mit 40 Begleit- und Pflegepersonen (2009). Der Beratungsdienst wird erweitert: *„Dem Wunsch vieler nach persönlichem Gespräch wird versucht, so gut es geht entgegenzukommen. Aufgrund der teils erheblichen Distanzen zwischen den Heimatgemeinden und der Beratungsstelle in Bozen ist dies aber nicht immer einfach zu organisieren“*, so Achmüller.

Im 18. Verbandsjahr, 2007, gelingt es, die Beratungen unter dem Namen „Stützpunkt“ zu professionalisieren und auszubauen. Mittlerweile standen dem Verband zweieinhalb Arbeitskräfte für die Verbandstätigkeit zur Verfügung, die zu 75 Prozent vom Land finanziert wird, die restliche Arbeit wird durch Spenden, Mitgliedsbeiträge und durch ehrenamtliche Tätigkeit ermöglicht. Wichtiger Partner für den Verband wird ab 1999 die Organisation „Lichtung/Girasole“. Die in Bruneck gegründete erste Selbsthilfegruppe psychisch Erkrankter richtet sich vor allem an Menschen, die unter Depressionen und Angststörungen leiden. Nach und nach erweitert die „Lichtung“ ihre Aktivitäten, entstehen weitere fünf Gruppen im Land, die sich als dritte Säule neben der Psychotherapie und medikamentöser Behandlung verstehen. Obwohl dieses Selbsthilfe-Angebot zunahm, habe der Angehörigen-Verband noch 2008 feststellen müssen, *„dass Selbsthilfegruppen zu wenig bekannt sind, sowohl bei Erkrankten, wie auch bei Ärzten, Pflegern, Verwaltern und Politikern“*, so Achmüller.

In neuen Leitlinien des Jahres 2004 wünscht sich die Organisation, die mittlerweile an die 400 Mitglieder zählt, dass Angehörige auch in die Betreuungssituation eingebunden würden, dass der Dialog Arzt – Patient „zu einem regelmäßigen Dialog erweitert“ werde. „Eines der Hauptziele wird nun die berufliche Wiedereingliederung, von den beschäftigungstherapeutischen Maßnahmen zu Arbeitsintegration zu gelangen.“ Hilfreich seien dabei die Sozialgenossenschaften vom Typ B, „bei denen mindestens ein Drittel der Jobs von Menschen mit Behinderungen besetzt sein müssen. Am freien Markt ist die Situation oft sehr schwierig.“ Das Augenmerk der Lobby-Arbeit wurde in den letzten Jahren auch auf betroffene Kinder- und Jugendliche gerichtet, „eine Arbeit, die seit kurzem ein wenig Früchte zu tragen beginnt“. 2007 beschloss die Landesregierung, ein landesweites Netzwerk für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie zu gründen, unter Einbindung der Sozialdienste. Fünf sozialpädagogische Wohngemeinschaften nehmen nun auch insgesamt 20 junge Menschen mit psychiatrischen Diagnosen auf, 2010 wurde eine sozialtherapeutische Genossenschaft gegründet. „Das Angebot ist aber insgesamt unzureichend“, so Achmüller. Geplant ist die Errichtung von Fachambulanzen und einer klinischen Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Was in den Augen des Verbandes „völlig fehlt“, sind „spezialisierte Betreuungsformen für alte Menschen mit psychischen Erkrankungen.“ Eine 2010 vom Angehörigen-Verband durchgeführte Befragung in Altersheimen und in den Zentren für psychische Gesundheit ergab, dass in Südtirol mehr als 200 alte Menschen leben, welche aufgrund ihrer psychischen Erkrankung „eine geeignete Unterbringung mit einer spezifischen stundenweisen Betreuung benötigen würden, die ihnen in Altersheimen nicht gewährt werden kann“, so Achmüller. Der Verband habe schon 1990 auf einen Bedarf aufmerksam gemacht.

Und trotz der teils weitreichenden Veränderungen in der regionalen Psychiatrie-Landschaft bleibt die Anti-Stigma-Arbeit zentrales Anliegen: „Eine jüngste Umfrage des Landes zeigte, dass ein Drittel der Bevölkerung psychisch Kranke Menschen für Spinner hält. Wir haben da noch genug zu tun.“

Dr. Martin Achmüller, geb. 1950 in Bruneck, Studium der Medizin und Ausbildung zum Facharzt für Kinderheilkunde in Innsbruck, arbeitete zunächst im Krankenhaus Brixen, ab 1985 in Freier Praxis in Bozen. Aufgrund eigener Betroffenheit mit der Situation psychisch erkrankter Menschen vertraut. Seit 2008 im Vorstand des Südtiroler Verbandes Angehöriger und Freunde psychisch Kranker.